



Stephan Malerius ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Weißrussland. Er leitet das Auslandsbüro von Vilnius, Litauen, aus.

DER LANGE SCHATTEN DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN WEISSRUSSLAND

VERLAUF, ERGEBNISSE UND POLITISCHE FOLGEN

Stephan Malerius

Es hat in Europa nach dem Zerfall der Sowjetunion wohl kaum Wahlen mit einem derart katastrophalen Ausgang gegeben wie die Präsidentschaftswahlen in Weißrussland am 19. Dezember 2010. Und damit ist nicht die überwältigende Mehrheit gemeint, mit der der seit 16 Jahren amtierende Präsident Alexander Lukaschenko diese Wahlen, die in Wirklichkeit keine waren, gewonnen hat. Kaum jemand hatte ernsthaft damit gerechnet, dass die abgegebenen Stimmen tatsächlich gezählt würden oder dass die Behörden auf die üblichen Manipulationen verzichteten, um auf das von Lukaschenko gewünschte Ergebnis zu kommen. Gemeint sind die brutale Auflösung der friedlichen Demonstration in der Wahnacht und die Repressionen in den darauf folgenden Wochen, die nicht einmal die größten Pessimisten vorausgesehen hatten. Dabei war der gesamte Wahlkampf zuvor von einer überraschenden Liberalität geprägt.

Die Präsidentschaftswahlen in Weißrussland 2010 kennen nur Verlierer: Die Opposition hat verloren, denn sie konnte sich weder auf einen Kandidaten noch auf ein gemeinsames Programm einigen. Und sie sah nach den Wahlen die Mehrheit ihrer politischen Führer im Gefängnis. Europa hat verloren, denn der mühsame Aufbau engerer Beziehungen mit Weißrussland und die Stärkung pro-europäischer Kräfte während der letzten beiden Jahre ist über Nacht zunichte gemacht worden. Russland hat verloren, denn es hat die zweifelhafte Wiederwahl von Lukaschenko anerkannt, schweigt zu den Repressionen und unterstreicht damit erneut, dass es in Bezug auf grundlegende

demokratische Werte über ein Koordinatensystem verfügt, das sich von demjenigen Europas deutlich unterscheidet. Und Lukaschenko hat verloren, denn mit den Provokationen vor dem Regierungssitz und den anschließenden Repressionen hat sich der sonst so bauernschlau agierende Autokrat in eine Sackgasse manövriert. Und das ist vielleicht das Erstaunlichste an diesen Wahlen: Wie Lukaschenko aus dem Nichts mit einem Federstrich die mühevoll entwickelte Doktrin einer „multivektoralen Außenpolitik“ fallengelassen hat und in die selbstgeschaffene politische Isolation zurückgekehrt ist.

Lukaschenko hat aus dem Nichts die mühevoll entwickelte Doktrin einer „multivektoralen Außenpolitik“ fallengelassen und ist in die selbstgeschaffene politische Isolation zurückgekehrt.

Aber wessen Plan wurde am Wahlabend tatsächlich umgesetzt? Warum ist es nach drei Monaten liberalen Wahlkampfes innerhalb weniger Stunden zu einer Eskalation der Gewalt gekommen? Ist Lukaschenko benutzt worden und wenn ja, von wem? Oder war es Lukaschenko selbst, der die Niederschlagung der friedlichen Proteste angeordnet hat, nachdem er über das tatsächliche Wahlergebnis informiert worden war, das möglicherweise einen zweiten Wahlgang erforderlich gemacht hätte? Das sind die Fragen, die zu stellen sind, wenn Europa jetzt nach einer neuen Strategie in Bezug auf Weißrussland sucht.

KOMMUNALWAHLEN ALS GENERALPROBE

Da politische Mitbestimmung im autoritär regierten Weißrussland praktisch nicht existiert, ist der gesellschaftliche Alltag im Land arm an Ereignissen, die den Menschen zumindest die Illusion geben, selbst etwas bewegen zu können. Die Präsidentschaftswahlen alle fünf Jahre sind ein solches Ereignis, mit dem ein politisches Momentum verbunden sein kann, und deshalb warfen sie früh ihre Schatten voraus. Die Kommunalwahlen am 25. April – etwa neun Monate vor dem politischen Großereignis – galten als Generalprobe: Es waren die ersten Wahlen nach den im Januar 2010 in Kraft getretenen Änderungen des Wahlgesetzes, die sich an Empfehlungen der OSZE und unabhängiger einheimischer Experten orientiert hatten. Die Änderungen wurden zwar international als ein Schritt in die richtige Richtung gewertet, gleichwohl gingen sie nicht weit genug, um die technische Manipulation der Wahlen wirksam zu verhindern. Dennoch erhoffte man sich von

der Abstimmung im April Aufschluss darüber, ob das neue Gesetz Wahlen in Weißrussland zumindest ein wenig fairer, freier und transparenter machen würde.

Der Befund fiel negativ aus: Unter den 21.293 gewählten lokalen Abgeordneten waren lediglich neun Vertreter demokratischer Parteien. Keinem der Kandidaten der Bewegung für die Freiheit, der Vereinigten Bürgerpartei oder der Belarussischen Volksfront gelang es, als Abgeordneter

in einen der lokalen Räte einzuziehen. Der Verlauf der Wahlen unterschied sich in keiner Weise von fast allen Abstimmungen in den letzten vierzehn Jahren. Erstaunlich war allenfalls, wie wenig Mühe sich die Behörden

Erstaunlich war, wie wenig Mühe sich die Behörden gaben, die Manipulationen zu kaschieren. Beim Zustandekommen des Wahlergebnisses bedienten sie sich der bekannten Tricks.

gaben, die Manipulationen zu kaschieren. Beim Zustandekommen des Wahlergebnisses bedienten sie sich der bekannten Tricks: In fast allen Fällen, bei denen demokratische Kandidaten gegen Vertreter des Regimes antraten, waren erhebliche Unterschiede zwischen den Resultaten der vorzeitig abgegebenen Stimmen und der Abstimmung am 25. April zu verzeichnen. Etwa 30 Prozent der Wähler hatten ihre Stimme vorzeitig abgegeben. Darüber hinaus gab es vor den Wahlen wieder Festnahmen von unabhängigen Kandidaten und Hausdurchsuchungen sowie, am Wahltag selbst, Manipulationen und staatlich organisierte Urnengänge in Unternehmen, geschlossenen Wahlbezirken (Kasernen) oder Studentenwohnheimen. Die Auszählung der Stimmen verlief nicht einmal dem Anschein nach transparenter als bei den Parlamentswahlen 2008.

Vor dem Hintergrund, dass gut 80 Prozent der Bevölkerung die Arbeit der lokalen Abgeordneten als vollkommen irrelevant für das eigene Leben betrachten, ist auch die Wahlbeteiligung von 79,5 Prozent in Zweifel zu ziehen. Die Organisatoren der Wahlen schienen den 25. April ebenfalls als eine Generalprobe zu betrachten: „Wahlen sind nie steril“, erklärte Lidija Jermoschina, die Leiterin der Zentralen Wahlkommission, auf einer Pressekonferenz nach dem Wahltag in Minsk. Zwar habe es eine Reihe kleinerer Fehler gegeben, es sei aber nicht zu ernsthaften Unregelmäßigkeiten gekommen.

Lukaschenko schien mit dem Urnengang deutlich machen zu wollen, dass er weder zu Zugeständnissen gegenüber

der demokratischen Opposition bereit ist noch daran denkt, auf europäische Forderungen nach demokratischen und rechtsstaatlichen Veränderungen im Land einzugehen. Alle Beobachter gingen deshalb davon aus, dass die Präsidentschaftswahlen nach demselben Muster ablaufen würden: Die Ergebnisse legt das Regime am grünen Tisch fest, die Wahlen selbst sind dann lediglich ein mehr oder weniger gut inszenierter Legitimierungsversuch. Gleichzeitig schien sich allerdings der politische Handlungsspielraum für Lukaschenko zu verengen. Immer offensichtlicher wurde, dass neben der EU auch Russland die Geduld mit ihm zu verlieren begann und Moskau anders als 2006 möglicherweise nicht mehr bereit sein könnte, ihn für eine weitere Amtszeit zu unterstützen. Hinzu kamen die Unruhen in Kirgistan, die Lukaschenko auch als ein Warnsignal an die eigene Adresse interpretierte. Öffentlich zog er Parallelen zu den Ereignissen in Bischkek: „Wenn so etwas in meinem Land passieren würde und jemand es wagen sollte, die Menschen zu einem gewaltsamen Sturm zu führen, wird die Antwort nicht schwach sein. Eine Regierung, die sich nicht selbst zu verteidigen weiß, ist wertlos.“ Mitte April trug Lukaschenko dem abgesetzten kirgisischen Präsidenten Bakijew seinen Schutz an und gewährte ihm politisches Asyl in Weißrussland.

Immer offensichtlicher wurde, dass Russland nicht mehr bereit sein könnte, Lukaschenko für eine weitere Amtszeit zu unterstützen.

WIRTSCHAFTSKONFLIKTE UND MEDIENKRIEG: ESKALATION ZWISCHEN MINSK UND MOSKAU

Auch wenn sich der Kreml bislang mit Kommentaren zu den Präsidentschaftswahlen in Weißrussland auffallend zurückhält,¹ gilt Russland als der zentrale Akteur in der Region, und die Entwicklung der Beziehungen zwischen Minsk und Moskau ist für eine Bewertung der Ereignisse um und nach dem 19. Dezember besonders wichtig. Da die meisten offiziellen Kontakte zwischen den Nachbarn hinter geschlossenen Türen stattfinden, ist es zwar schwierig, hier Aussagen zu treffen, die über Spekulationen hinausreichen. Tatsache ist jedoch, dass sich das Verhältnis

1 | „Man muss die Wahl des weißrussischen Volkes respektieren. Ich bin aber nicht bereit, eine Wertung dessen abzugeben, was die Wahlen begleitete. Das muss man im Detail analysieren“, erklärte der russische Premierminister Vladimir Putin am 29.12.2010. Zitiert nach http://naviny.by/rubrics/politic/2010/12/29/ic_news_112_358358 [31.01.2011].

zwischen Lukaschenko und dem Tandem Medwedew/ Putin im Sommer 2010 derart zuspitzte, dass ein politischer Kommentator in Minsk schrieb, es könne keine Rede mehr von einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Weißrussland und Russland sein – es gebe keine Beziehungen mehr. Ausgangspunkt war, wie so häufig in den letzten Jahren, ein wirtschaftlicher Konflikt. Russland begann vom 1. Januar 2010 an, Ausfuhrzölle auf russisches Öl zu erheben, das an die weißrussischen Raffinerien in Novopolatzk und Mozyr geliefert wird.

Seit Jahren erwirtschaftete Weißrussland Gewinne, indem es die Ölprodukte aus dem nicht verarbeiteten, billigen russischen Öl zu Weltmarktpreisen weiterverkaufte.

Die Entscheidung war ein weiterer Versuch, die Beziehungen zum westlichen Nachbarn schrittweise auf eine pragmatisch-wirtschaftliche Grundlage zu stellen. Seit Jahren erwirtschaftete Weißrussland erhebliche Gewinne, indem es die Ölprodukte aus dem nicht verarbeiteten, billigen russischen Öl zu Weltmarktpreisen in den Westen weiterverkaufte. Moskau forderte seit Längerem einen Teil vom Kuchen, aber Minsk argumentierte im Januar, das Erheben von Zöllen auf Öl sei mit der Ende 2009 beschlossenen Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Weißrussland nicht vereinbar. Es kam zu einem juristischen Streit vor dem Wirtschaftsschiedsgericht der GUS, das im Spätsommer beide Seiten zu einer außergerichtlichen Einigung aufforderte. Während man den Öl-Zoll-Disput noch juristisch zu lösen versuchte, entluden sich die angespannten Beziehungen im Juni 2010 auch politisch: Gazprom hatte Weißrussland ein Ultimatum gestellt, zu dem die vermeintlich seit Monaten angehäuften Gasschulden zu bezahlen seien, und kürzte für wenige Tage die Gaslieferungen an den Nachbarn um bis zu 80 Prozent. Der Konflikt schien darauf zu zielen, Lukaschenko unter Druck zu setzen. Dieser antwortete, indem er erstmals medial in die Offensive ging und in einem offenen Brief an die *Prawda* und an führende Geschäftsleute in Russland seine Sicht des Gaskonfliktes erläuterte. Darin verglich er die Forderungen von Gazprom gegen Weißrussland mit dem Angriff von Nazideutschland auf die Sowjetunion.

Im Sommer eskalierten die Auseinandersetzungen: Von Anfang Juli bis Mitte August zeigte der größte russische Fernsehkanal *NTW* zur besten Sendezeit einen dreiteiligen Dokumentarfilm über Lukaschenko, in dem dieser für das Verschwinden von politischen Gegnern aus den

Jahren 1999/2000 verantwortlich gemacht und als Kopf einer kriminellen Vereinigung beschrieben wird, die systematisch das Land plündert. Die Sendungen wurden für den TV-Empfang in Weißrussland gesperrt, waren aber über das Internet zugänglich. Ende August hatte gut ein Drittel der Bevölkerung die Serie gesehen. Lukaschenko schickte daraufhin ein Kamerateam nach Tiflis, um ein Interview mit Russlands „Staatsfeind Nr. 1“, dem georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili, aufzunehmen, und nannte kurze Zeit später einen Angriff mit Molotov-Cocktails auf das Gelände der russischen Botschaft in Minsk eine Provokation Russlands, was der russische Außenminister Sergei Lawrow umgehend als „Blasphemie“ zurückwies. Anfang Oktober lud Lukaschenko eine Gruppe von Journalisten aus den russischen Regionen nach Minsk ein und gab eine vierstündige Pressekonferenz. Darin warf er hochrangigen russischen Offiziellen vor, eine Schmierenkampagne gegen ihn zu inszenieren, bezeichnete die Politik Russlands gegenüber Weißrussland als unausgegoren und hirnlos und beschrieb seine Beziehung zu Medwedew und Putin als „gelinde gesagt schlecht“. Medwedew bezichtigte Lukaschenko zwei Tage später in einem Videoblog auf der Homepage des Kremls, seinen Präsidentschaftswahlkampf ausschließlich auf anti-russischen Parolen aufbauen zu wollen, und forderte ihn auf, sich nicht in innere russische Angelegenheiten einzumischen. Spätestens nachdem Medwedews Sprecherin erklärt hatte, die Beziehungen zwischen Weißrussland und Russland würden unter einem Präsidenten Lukaschenko nie mehr wie früher sein, wurde offen darüber spekuliert, ob Moskau die Präsidentschaftswahlen in Weißrussland würde nutzen können, um Lukaschenko loszuwerden. Gleichwohl gab es keine Hinweise auf das genaue „russische Szenario“.

Lukaschenko warf hochrangigen russischen Offiziellen vor, eine Schmierenkampagne gegen ihn zu inszenieren, bezeichnete die Politik Russlands gegenüber Weißrussland als unausgegoren und hirnlos.

Umso überraschender reiste Lukaschenko am 8. Dezember nach Moskau, um am Gipfel der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit teilzunehmen. Als wäre nichts gewesen, traf er Medwedew zu einem anderthalbstündigen Gespräch unter vier Augen. Russland zeigte sich bereit, ab Anfang 2011 wieder auf die Ausfuhrzölle für Öl zu verzichten, im Gegenzug setzte Lukaschenko seine Unterschrift unter 17

Abkommen, die den für Anfang 2012 geplanten einheitlichen Wirtschaftsraum zwischen Russland, Kasachstan und Weißrussland voranbringen sollen. Die Präsidentschaftswahlen wurden mit keinem Wort erwähnt.

DER WAHLKAMPF: UNERWARTETE LIBERALITÄT, NEUE BIOGRAFISCHE ERFAHRUNGEN

Unmittelbar nach der Sommerpause und inmitten der Eskalation des Streits zwischen Lukaschenko und dem Kreml wurde der Termin für die Präsidentschaftswahlen in Weißrussland bestimmt. Am 14. September erklärte das Repräsentantenhaus in Minsk auf einer außerordentlichen Sitzung den 19. Dezember zum Wahltermin. Das weitere Prozedere war gesetzlich festgelegt: Bis zum 24. September mussten die potentiellen Kandidaten Initiativgruppen benennen, die ab dem 30. September einen Monat Zeit hatten, 100.000 Unterstützer-Unterschriften zu sammeln. Mitte November würde die Zentrale Wahlkommission die offiziell registrierten Kandidaten bekannt geben, danach sollte der Wahlkampf beginnen.

Das Außenministerium gab bekannt, man werde interessierte Parteien (OSZE, GUS) zu einer uneingeschränkten Beobachtung der Wahlen einladen.

Gleichzeitig gab das weißrussische Außenministerium bekannt, man werde interessierte Parteien (OSZE, GUS) zu einer uneingeschränkten internationalen Beobachtung der Wahlen einladen.

Die erste Überraschung für die Menschen im Land, aber auch für internationale Experten, war eine ungekannte Freiheit in der ersten Phase des Vorwahlkampfes. Eine etwa 30-jährige Weißrussin berichtete Anfang Oktober, als die Initiativgruppen im ganzen Land Unterschriften für ihre Kandidaten sammelten, von einer vollkommen neuen Atmosphäre: „Da war eine Kundgebung im Zentrum von Minsk, es wehten die historischen weiß-rot-weißen Fahnen und keiner griff ein, keine Polizei, keine Festnahmen. Es war das erste Mal in meinem Leben, dass ich so etwas erlebt habe.“ Für eine ganze Generation von Menschen war dieser Eindruck realer Versammlungsfreiheit nach 14 repressiv-autoritären Jahren in Weißrussland eine neue biografische Erfahrung. Dieses Gefühl mischte sich mit einer anderen Stimmung: Viele Menschen im Land schienen nach 16 Jahren müde von Lukaschenko und scheuten sich nicht, dies durch ihre Unterschrift für alternative Kandidaten

zum Ausdruck zu bringen. Immer wieder war der Satz zu hören: „Ich unterschreibe für jeden, solange es nicht Lukaschenko ist.“

Diese Atmosphäre blieb während der heißen Phase des Wahlkampfes erhalten: Zunächst wurden alle Personen, die über 100.000 Unterschriften gesammelt hatten, offiziell registriert, so dass es 2010 so viele Oppositionskandidaten gab wie noch bei keinen Wahlen zuvor. Allerdings schien bereits diese Entscheidung bei genauem Hinsehen Teil eines gut inszenierten Spiels zu sein: Eine lokale Langzeitwahlbeobachterin, die bei der stichprobenhaften Überprüfung der eingereichten Unterschriften durch die lokalen Wahlkommissionen anwesend war, berichtete, dass die Listen fast aller Kandidaten (einschließlich der Lukaschenkos) massiv gefälscht waren: „Da waren die Unterschriften von hundert und mehr Unterstützern von einer Hand eingetragen, ohne dass man sich Mühe gegeben hätte, das zu vertuschen. Es wurde offensichtlich auf die liberale Haltung der Wahlkommissionen spekuliert. Und tatsächlich wurden all diese gefälschten Unterschriften als gültig gewertet.“ Die Entscheidung, zehn Kandidaten zu registrieren, schien demnach auf Weisung von oben getroffen worden zu sein, politisches Kalkül also: Je mehr Kandidaten gegen Lukaschenko antreten, desto besser für ihn.

Eine lokale Langzeitwahlbeobachterin berichtete: „Da waren die Unterschriften von hundert und mehr Unterstützern von einer Hand eingetragen, ohne dass man sich Mühe gegeben hätte, das zu vertuschen.“

Dennoch ließ sich nicht übersehen, dass sich im Land etwas zu ändern begann: Zwar waren – wie in den meisten Ländern – Versammlungen auf ausgewählten Plätzen verboten, bei Verstößen reagierte die Staatsmacht jedoch ganz anders als 2006. Als zwei Präsidentschaftskandidaten am 24. November zu einer nicht genehmigten Demonstration auf dem Oktoberplatz im Zentrum von Minsk aufriefen und mehr als 1.000 Menschen kamen, wurde die Kundgebung weder aufgelöst noch gab es Festnahmen. Die Initiatoren wurden zwar von der Staatsanwaltschaft und der Zentralen Wahlkommission verwarnt, weitere Konsequenzen blieben jedoch aus.

Erstaunlich war im weiteren Verlauf des Wahlkampfes auch die erstmalige vorsichtige Öffnung der staatlich kontrollierten elektronischen Medien: Allen Präsidentschafts-

Die Kandidatenauftritte wurden live ausgestrahlt und konnten somit nicht zensiert oder manipuliert werden. Fast alle Kandidaten nutzten diese Gelegenheit, um mit Lukaschenko abzurechnen.

kandidaten standen zwei Mal 30 Minuten Sendezeit im Fernsehen und ebenso viel im Radio zur Verfügung, um das eigene Programm darzustellen oder die Situation im Land zu bewerten. Die Kandidatenauftritte wurden live ausgestrahlt und konnten somit nicht zensiert oder manipuliert werden. Fast alle Kandidaten nutzten diese Gelegenheit, um vor allem mit Lukaschenko abzurechnen, der ihnen seit 1996 praktisch jeden Zugang zu einer breiteren Öffentlichkeit verwehrt hatte. Der Sozialdemokrat Nikolaj Statkiewitsch etwa forderte in seinem Fernsehauftritt von Lukaschenko, die gestohlenen Wahlen zurückzugeben: „Ehrliche Wahlen – das hängt einzig und alleine von dir ab und nicht von den Clowns im so genannten Parlament oder in der so genannten Zentralen Wahlkommission.“ Allerdings hatte sich ansonsten in der elektronischen Medienlandschaft nichts geändert: Alle Nachrichtensendungen wurden weiterhin derart von Lukaschenko dominiert, dass dieser es nicht für nötig befand, sich und sein Programm noch einmal eigens im Fernsehen vorzustellen. Auch an den erstmals organisierten Fernsehdebatten der Kandidaten nahm er nicht teil.

Der Politologe Juri Tschausov sprach deshalb auch von einer Art „Tarnkappenliberalisierung“. Das Regime habe dem Volk freie Wahlen versprochen und versuche, diese jetzt vorzuspielen. Allerdings sei Liberalisierung nicht mit Demokratisierung zu verwechseln. Es gelte, so Tschausov, das Szenario der Parlamentswahlen 2008: Auch damals habe bei der Kandidatenregistrierung und im Wahlkampf relative Freiheit geherrscht, letztendlich aber sei ein vollkommen steriles Parlament ohne unabhängige Abgeordnete herausgekommen. Das Resultat der Präsidentschaftswahl 2010 hielt Tschausov für vorhersehbar: „Nicht umsonst ist Präsident Lukaschenko der offiziellen Bekanntgabe der Kandidaten-Registrierung ferngeblieben. Er hat zeigen wollen, dass er nicht einer der Schauspieler, sondern dass er der Regisseur bei diesen Wahlen ist.“²

Wie inszeniert das Wahlspektakel auch war, es bleibt festzuhalten, dass die liberale Atmosphäre für die Menschen im Land eine positive Veränderung darstellte. Erstmals

2 | Zitiert nach http://naviny.by/rubrics/elections/2010/11/18/ic_articles_623_171295 [31.01.2011].

seit 1994 konnten sie die Erfahrungen einer Pluralität machen, die zwar nicht die Option einer wirklichen Wahl mit einschloss, jedoch zumindest einen Wettstreit unterschiedlicher Meinungen öffentlich zuließ. Allerdings fragten sich viele Beobachter misstrauisch, wie nachhaltig die überraschende Liberalität sein würde. Wie weit würde Lukaschenko bei diesem Versuch gehen, die Wahlen vom Westen anerkennen zu lassen?

DIE KANDIDATEN

Der Präsidentschaftswahlkampf in Weißrussland versprach auch wegen des seltsamen Kandidatentableaus zu einem ungewöhnlichen politischen Ereignis zu werden. Bei genauer Betrachtung ließen sich drei Kandidatengruppen unterscheiden:

Da war zunächst Lukaschenko selbst mit zwei Kandidaten, die politisch vorher entweder gar nicht in Erscheinung getreten waren (Dmitrij Uss) oder als eine Art Garantie-Gegenkandidat zu Lukaschenko fungierten (Wladimir Tereschtschenko) für den Fall, dass es etwa zu Boykott-Aufrufen der Opposition käme und der Schein einer Wahl gesichert werden müsste. Zumindest von Tereschtschenko wurde erwartet, dass er auf Weisung der Präsidentschaftsadministration oder einer anderen offiziellen Kommandostelle handeln würde.

Die zweite Gruppe bestand aus fünf Kandidaten der demokratischen Opposition mit relativ klarem Profil: Jaroslaw Romantschuk trat für die Vereinigte Bürgerpartei als liberaler Wirtschaftsfachmann an, Vitali Rymaschewski als Christdemokrat, Grigori Kostusew und Ales Michalewitsch konnten auf ihr langjähriges Engagement in der Belarussischen Volksfront verweisen, der treibenden Kraft in der Bürgerbewegung, die Ende der achtziger Jahre die Loslösung Weißrusslands aus dem Verbund der Sowjetunion vorangetrieben hatte. Beide standen somit für eine patriotische und pro-europäische Ausrichtung Weißrusslands, Michalewitsch hatte den Aspekt der Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in den Mittelpunkt seiner Kampagne gestellt. Nikolaj Statkiewitsch hielt die Fahne der Sozialdemokratie hoch.

Grigori Kostusew und Ales Michalewitsch standen für eine patriotische und pro-europäische Ausrichtung Weißrusslands. Nikolaj Statkiewitsch hielt die Fahne der Sozialdemokratie hoch.

Die dritte Kandidatengruppe bestand aus zwei Statthaltern, die zumindest äußerlich zu den ernsthaftesten Konkurrenten Lukaschenkos avancierten: Wladimir Neklajew und Andrej Sannikow verfügten über ungewöhnlich hohe Geldsummen für ihren Wahlkampf und agierten offensichtlich für fremde Auftraggeber, die sie jedoch nicht nannten. Vielen Menschen ist bis heute unklar, was Neklajew und Sannikow bezweckten und von wem sie unterstützt wurden. Dass sie ehrlich hinter ihren Losungen „Sag die Wahrheit“ (Neklajew) und „Europäisches Belarus“ (Sannikow) standen, glaubte ihnen kaum jemand. Sannikow etwa, der noch 2008 mit der Begründung, die Parlamentswahlen seien eine Farce, zum Boykott aufgerufen hatte, trat nun, bei unveränderten Rahmenbedingungen, selbst als Kandidat an. Die demokratische Opposition wurde von dieser inszenierten Undurchsichtigkeit und den damit verbundenen Spekulationen geschwächt: Sind es russische Kandidaten? Steckt der im Londoner Exil lebende russische Oligarch Boris Beresowski dahinter? Sind sie ein Projekt Lukaschenkos? Beide Kandidaten hatten in einer ohnehin schwierigen

Das Kalkül von Lukaschenko schien aufzugehen: Bei einer zerstrittenen Opposition und einer großen Kandidatenanzahl würde es ihm leichter fallen, seine Wiederwahl demokratisch zu inszenieren.

Gemengelage mit ihren Kampagnen zusätzliches Misstrauen gesät und wesentlich dazu beigetragen, dass es bei diesen Wahlen nicht zu einem einheitlichen und konsolidierten Auftreten der demokratischen Kräfte kam.

Das Kalkül von Lukaschenko schien aufzugehen: Bei einer zerstrittenen Opposition und einer großen Kandidatenanzahl würde es ihm leichter fallen, seine Wiederwahl relativ demokratisch zu inszenieren.

Zudem hatte Alexander Milinkiewitsch, der 2006 als Einheitskandidat der demokratischen Opposition gegen Lukaschenko angetreten war, im September erklärt, bei den Wahlen 2010 nicht zu kandidieren. Obwohl für viele Menschen nach dem Rückzug Milinkiewitschs kaum eine Wahloption blieb, war die Stimmung „Hauptsache nicht wieder Lukaschenko“ in weiten Teilen der Bevölkerung so stark, dass die alternativen Kandidaten mit ihren Programmen durchaus Gehör fanden und vielen Menschen erstmals klar wurde, dass es neben „Batka“ Lukaschenko noch andere, durchaus interessante und ernst zu nehmende Politikangebote gab.

WAHLEN, WAHLNACHT UND PROVOZIERTE AUSSCHREITUNGEN

In der Woche vor den Wahlen steigerte sich die Nervosität im Land, und immer häufiger wurde der Begriff des *Ploscha* (Platz) ins Spiel gebracht. Gemeint war der Oktoberplatz im Zentrum von Minsk, der – ähnlich wie der Maidan in Kiew – seit den Demonstrationen nach den Präsidentschaftswahlen 2006 als ein Symbol für Proteste der demokratischen Kräfte gegen die vom Regime manipulierten Wahlen galt. Am 11. Dezember erklärte Wladimir Makej, der Leiter der Präsidentschaftsverwaltung, die Opposition wolle die Kundgebung am Wahlabend zu einer Provokation nutzen: „Es ist schon jetzt bekannt, dass sie die Veranstaltung nicht friedlich abhalten wollen“, erklärte er im staatlichen Fernsehsender RTR-Belarus. Es würden „Kämpfer“ vorbereitet, warme Sachen gekauft sowie pyrotechnische Gegenstände und explosive Materialien besorgt. Der Opposition gehe es vor allem darum, Bilder für den westlichen Fernsehschauer zu produzieren, um darauf verweisen zu können, wie grausam die Machthaber seien und wie brutal sie mit den Wählern umgingen. Makej machte jedoch auch klar, dass die Regierung ausreichend Kräfte und Mittel besäße, um ruhig und angemessen auf diese Situation zu reagieren.³ Die Opposition kommentierte umgehend. Mehrere Kandidaten wiesen die Äußerungen Makejs als Versuch zurück, die Menschen einzuschüchtern, und forderten ihre Anhänger auf, dessen ungeachtet am Wahlabend zu einer friedlichen Demonstration zu kommen.

Der Oktoberplatz im Zentrum von Minsk gilt als ein Symbol für Proteste der demokratischen Kräfte gegen die vom Regime manipulierten Wahlen.

Ein Schlüsselmoment für die Bewertung der Ereignisse in der Wahlnacht ist eine Sitzung am 15. Dezember, auf der Lukaschenko mögliche Szenarien am Wahlabend kommentierte. An der Sitzung, die in Auszügen im staatlichen Fernsehen übertragen wurde, nahmen die für den Einsatz der Polizei- und Spezialeinheiten verantwortlichen Personen

3 | Das Interview ist auf *Youtube* zu sehen: <http://youtube.com/watch?v=HP8qd2rQROU> [31.01.2011]. Die Vorhersagen Makejs erwiesen sich als falsch: Weder war es die Opposition, die die Provokationen vorbereitete, noch reagierten die Sicherheitsorgane ruhig und angemessen. Einige Experten deuten den Auftritt Makejs als Warnung und indirekte Aufforderung an die Opposition, wachsam und auf Provokationen der Sicherheitsorgane vorbereitet zu sein. Makej gilt als ein moderater Vertreter des Regimes.

teil.⁴ Makej war nicht darunter. Lukaschenko ordnete an, sich während möglicher Proteste nicht provozieren zu lassen: „Auf keinen Fall auf Provokationen eingehen. Denn sie [die Opposition, d. Verf.] brauchen Bilder, um sagen zu können: Seht, was für ein undemokratisches Regime, Lukaschenko hat wieder unter Opfern und mit Blut seine Macht erhalten.“ Das Wichtigste sei, „dass um Gottes Willen den Menschen nichts passiert. Wir müssen die Menschen schützen.“ Er erklärte weiter, er gehe von keinerlei Protesten aus, dazu sei die Opposition überhaupt nicht fähig. Einen *Ploscha* werde es nicht geben, da werde niemand kommen. Lukaschenko wiederholte

**„Die Präsidentschaftswahlen dürfen nicht getrübt werden durch irgendwelche Ausschreitungen. Wenn die Fliege fliegen will, möge sie fliegen.“
(Alexander Lukaschenko)**

seine Anweisung am Ende der Sitzung: „Die Präsidentschaftswahlen dürfen nicht getrübt werden durch irgendwelche Zusammenstöße oder Ausschreitungen. Wenn die Fliege fliegen will, möge sie fliegen, niemand soll sie anrühren. Der Zusammenhalt der Regierung ist heute so stark, dass wir keine außergewöhnlichen Maßnahmen ergreifen müssen.“ Die Opposition nahm diese Unkenrufe nicht ernst und stellte sich auch nicht auf ein Gewaltsszenario am Wahlabend ein. Einer der oppositionellen Kandidaten sagte am Tag vor den Wahlen, das Gerede von Provokationen am Wahlabend sei lächerlich. Das Regime zeige Schwäche und wolle – wie bei den Wahlen 2006 – die Menschen nur einschüchtern. Das werde aber nicht gelingen, denn die Bevölkerung habe ihre Angst verloren.

Der Wahltag selbst verlief ruhig. An den fünf Tagen zuvor hatten bereits 23,1 Prozent der Bevölkerung ihre Stimme abgegeben, gut acht Prozent weniger als 2006. Zwar gab es aus nahezu allen Teilen des Landes Berichte darüber, wie Druck auf die Menschen ausgeübt wurde, sich an der vorzeitigen Stimmabgabe zu beteiligen. Doch damit war gerechnet worden. Die entscheidende Frage lautete: Was würde am Wahlabend passieren? Die Opposition hatte geschlossen aufgerufen, am Abend auf den Oktoberplatz zu kommen, auf das Wahlergebnis zu warten und gegen die

4 | U.a. Leonid Maltsev (Leiter des Sicherheitsrates), Anatoly Kuleschow (Innenminister), Jurij Zhadobin (Verteidigungsminister), Alexander Radkow (Leiter des Wahlkampfstabes von Lukaschenko), Vadim Zajzew (Chef des KGB), Viktor Lukaschenko und Viktor Schejman. Auszüge aus der Sitzung sind im Internet zu sehen unter http://naviny.by/rubrics/elections/2010/12/15/ic_articles_623_171684 [31.01.2011].

voraussehbaren Manipulationen zu protestieren. Allerdings verlief die Stimmabgabe am Wahltag selbst nach außen hin ruhig und vorbildlich, und es ließen sich am frühen Abend noch keine Aussagen darüber treffen, wie der Prozess der Stimmauszählung organisiert sein würde, denn die Wahllokale schlossen erst um acht Uhr abends.

Auf dem Oktoberplatz war eine große Eisbahn angelegt worden, beschallt von Lautsprechern mit russischer Pop-Musik, so dass die ersten Stellungnahmen der Kandidaten nicht zu verstehen waren. Zudem wurde es sehr kalt, und es war abzusehen, dass sich die Menge von einigen Tausend Menschen nach ein bis zwei Stunden langsam auflösen würde. Es schien offensichtlich, dass keiner der Oppositionskandidaten einen strategischen Plan für den *Ploscha* hatte.

Die erste Provokation ereignete sich gegen 19 Uhr 30, als Wladimir Neklajew zusammengeschlagen wurde. Die Bilder des bewusstlosen Oppositionskandidaten gingen um die Welt.

Die erste Provokation ereignete sich gegen 19 Uhr 30, als Wladimir Neklajew auf dem Weg zur Kundgebung zusammengeschlagen wurde. Die Bilder des bewusstlosen Oppositionskandidaten gingen um die Welt.⁵ Neklajew war für die Lautsprecheranlage verantwortlich, die den Auftritt der Kandidaten akustisch hatte unterstützen sollen.

Gegen 20 Uhr 40 setzte sich die Menge auf dem Oktoberplatz unerwartet in Richtung Unabhängigkeitsplatz in Bewegung. Der Präsidentschaftskandidat Kostusev berichtete später, man habe eigentlich zur Präsidentschaftsverwaltung von Lukaschenko abbiegen wollen. Die vorangehenden Oppositionskandidaten seien aber durch die Polizei von der nachfolgenden Menge getrennt worden, die geradeaus die Unabhängigkeitsstraße entlang ging und immer mehr answoll. Es ist unklar, wer die Menge dort entlang führte. Auf dem Unabhängigkeitsplatz hatten sich gegen 21 Uhr 30 etwa 20.000 Menschen versammelt, um die Kundgebung fortzusetzen. Lautsprecher waren beschafft worden, einzelne Kandidaten sprachen, immer wieder ertönten Sprechchöre mit der Forderung nach Neuwahlen ohne Beteiligung Lukaschenkos. Als gegen 22 Uhr 30 bereits ein Großteil der Demonstranten gegangen war, begann eine Gruppe von etwa 15 Provokateuren, die Türen zum

5 | Der Zwischenfall ist auf *Youtube* zu sehen: <http://youtube.com/watch?v=trcsJ50jGWk> [31.01.2011].

Regierungsgebäude einzuschlagen, das sich etwas zurückgelegen am Platz befindet. Kurz darauf griffen die Sicherheitskräfte ein und lösten die Kundgebung gewaltsam auf. Im Anschluss fand eine regelrechte Menschenjagd im Zentrum von Minsk statt. Über 600 Personen wurden festgenommen, darunter acht der neun Präsidentschaftskandidaten. Keiner der Provokateure, die die Türen zum Regierungsgebäude eingeschlagen hatten, wurde unmittelbar danach inhaftiert, obwohl sie von der Einsatzpolizei am Tatort eingekesselt waren. Ihre Gesichter waren sogar am Abend deutlich auf den Bildern zu sehen, die das staatliche Fernsehen von den Ausschreitungen zeigte.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse auf den Straßen war das Wahlergebnis zweitrangig geworden. Gegen fünf Uhr morgens verkündete Jermoschina, dass nach vorläufigen Angaben auf Lukaschenko 79,67 Prozent, auf Andrej Sannikow 2,56 Prozent und auf alle anderen Kandidaten weniger als zwei Prozent der Stimmen entfielen. Gegen alle Kandidaten hatten demnach 6,47 Prozent der Menschen gestimmt.

Die Wahlbeobachtermission von OSZE/ODHIR erklärte, dass die Wahlen nicht den demokratischen Standards entsprochen hätten. Die Beobachter der GUS hingegen bezeichneten die Wahlen als frei, offen und transparent.

Die Wahlbeobachtermission von OSZE/ODHIR erklärte am Montag in einer vorläufigen Stellungnahme, dass die Wahlen in Weißrussland nicht demokratischen Standards entsprochen hätten: „Die gestrigen Präsidentschaftswahlen haben gezeigt, dass vor Weißrussland immer noch ein weiter Weg liegt, wenn es seinen Verpflichtungen im Rahmen der OSZE angemessen nachkommen will, obwohl es einige konkrete Verbesserungen gegeben hat.“⁶ Der allgemeine Verlauf der Wahlen sei gut gewesen, doch habe sich die Situation während der Auszählung der Stimmen signifikant verschlechtert. Die Mission stufte das Prozedere der Stimmauszählung in fast der Hälfte der besuchten Wahllokale als sehr schlecht ein.⁷ Die Beobachtermission

6 | OSZE/ODHIR, „International election observation, Republic of Belarus – Presidential Election, 19 December 2010, Statement of preliminary findings and conclusions“, in: <http://osce.org/odihr/74638>, 1 [25.01.2011].

7 | „While the overall voting process was assessed as good, the process deteriorated significantly during the vote count undermining the steps taken to improve the election. Observers assessed the vote count as bad and very bad in almost half of all observed polling stations. The count was largely conducted in a non-transparent manner, generally in silence, which >

der GUS hingegen bezeichnete die Wahlen als frei, offen und transparent.⁸ Ihr Leiter Lebedev griff einige Tage später sogar die ODHIR/OSZE-Mission scharf an: „Ihre Meinung vor den Wahlen unterscheidet sich komplett von der danach“, erklärte er und wies darauf hin, dass viele OSZE-Beobachter vorab einen positiven Eindruck geäußert hätten. „Und am Tag nach den Wahlen – und das gilt nicht nur für Weißrussland, sondern auch für andere GUS-Länder – hören wir aus unerfindlichen Gründen eine negative Einschätzung und die allgemeine Schlussfolgerung, dass die Wahlen nicht demokratischen Standards und Prinzipien genügen.“⁹

DIE FOLGEN: REPRESSIONEN UND SANKTIONEN

Die Wahlnacht war der Auftakt zu Repressionen, die in ihrem Ausmaß selbst im Weißrussland unter Lukaschenko bislang beispiellos sind. Federführend dabei ist der Geheimdienst KGB. Die Mehrzahl der in der Wahlnacht Festgenommenen wurde zu Haftstrafen von zehn bis 15 Tagen verurteilt, 20 Personen befanden sich Mitte Januar immer noch in Haft. Gegen sie und gegenwärtig elf weitere Personen wird nach Paragraph 293 des weißrussischen Strafgesetzbuches („Organisation von Massenunruhen“) ermittelt, nach dem Haftstrafen von fünf bis 15 Jahren verhängt werden können. Der genaue Gesundheitszustand von Wladimir Neklajew und Andrej Sannikow, die am 19. Dezember zusammengeschlagen wurden, ist unbekannt. Nikolaj Statkiewitsch ist in Hungerstreik getreten. Grigori Kostusev hatte im Namen aller Oppositionskandidaten Beschwerde gegen das Wahlergebnis eingereicht. Sie wurde als unbegründet abgewiesen. Nach den Verhaftungen gab es während der Feiertage (katholische Weihnachten, Neujahr,

Nach den Verhaftungen gab es während der Feiertage im ganzen Land Durchsuchungen von Häusern, Wohnungen und Büros. Zahlreiche Menschen wurden vom KGB unter Anklage gestellt oder inhaftiert.

undermined its credibility. In many cases, observers were restricted and did not have a real opportunity to observe the counting.“

- 8 | „We believe that these elections were transparent and met the requirements of the election legislation and common democratic norms“, CIS Executive Secretary Sergei Lebedev told reporters in Minsk.“ Zitiert nach der russischen Nachrichtenagentur *RIA Novosti*, <http://en.rian.ru/world/20101220/161854376.html> [31.01.2011].
- 9 | Zitiert nach http://naviny.by/rubrics/elections/2010/12/25/ic_news_623_358119 [31.01.2011].

orthodoxe Weihnachten) im ganzen Land Durchsuchungen von Häusern, Wohnungen und Büros von Vertretern der demokratischen Opposition, bei Menschenrechtsorganisationen, Parteien, unabhängigen Zeitungen und Journalisten. Dutzende Computer, Notebooks und Datenträger wurden beschlagnahmt. Gleichzeitig wurden zahlreiche Menschen vom KGB zu Verhören geladen, unter Anklage gestellt oder inhaftiert. Auch die Anwälte der Betroffenen gerieten schnell in das Visier des Justizministeriums und wurden u.a. durch Androhung des Lizenzzugs unter Druck gesetzt. Der Terror gegen die demokratischen Kräfte setzte sich den gesamten Januar über fort.¹⁰ Nicht nur durch die Repressionen im Land, auch diplomatisch begann Weißrussland, sich nach den Wahlen abrupt zu isolieren. Ein Sprecher des Außenministeriums in Minsk teilte am 31. Dezember mit, das Mandat der OSZE in Weißrussland, das zum Jahresende auslief, werde nicht verlängert. Es gebe keine objektiv begründbare Notwendigkeit für die Anwesenheit einer OSZE-Vertretung im Land, die Mission der OSZE sei erfüllt, die Feldpräsenz in Weißrussland könne beendet werden.

International wurden die Wahlfälschungen, die Ausschreitungen in der Wahlnacht und die anschließenden Repressionen sowie die Schließung der OSZE-Vertretung verurteilt. Die Außenminister Deutschlands, Schwedens, Polens und der Tschechischen Republik erklärten am 23. Dezember in einem Beitrag in der *New York Times*, Lukaschenko habe seine Wahl getroffen, und das sei eine Wahl gegen alles gewesen, wofür die Europäische Union stehe.¹¹ Zahlreiche Regierungen West- und Mitteleuropas verlangten die umgehende Freilassung der Inhaftierten und eine Bestrafung der Verantwortlichen. Russland dagegen gratulierte Lukaschenko zur Wiederwahl

Russland gratulierte Lukaschenko zur Wiederwahl und erklärte, die Umstände der Wahl seien eine innere Angelegenheit. Ähnlich verhielten sich andere post-sowjetische Länder.

10 | Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es unmöglich, die weitere innenpolitische Entwicklung vorherzusagen. Detaillierte Angaben sowohl über den Verlauf des Wahlkampfes, die Wahlen selbst als auch über die Repressionen nach den Wahlen sind auf dem Wahlblog des Auslandsbüros Weißrussland der Konrad-Adenauer-Stiftung zu finden unter <http://kas.de/belaruswahl>.

11 | Carl Bildt, Karel Schwarzenberg, Radek Sikorski und Guido Westerwelle, „Lukashenko the Loser“, *New York Times*, 23.12.2010, in: <http://nytimes.com/2010/12/24/opinion/24iht-edbildt24.html> [31.01.2011].

und erklärte, die Umstände der Wahl seien eine innere Angelegenheit von Weißrussland. Ähnlich verhielten sich andere post-sowjetische Länder wie Georgien und die Ukraine. Am 31. Januar beschlossen die EU-Außenminister in Brüssel, insgesamt 158 Personen, die für die Wahlfälschungen und die Repressionen im Anschluss an die Wahlen verantwortlich sind, die Einreise in die EU zu verbieten und ihre Konten in der EU einzufrieren. Die Liste, so hieß es, sei offen und könne jederzeit verändert werden. Die Außenminister betonten, die EU stehe für eine Fortsetzung des Dialogs mit Weißrussland, Grundvoraussetzung dafür sei jedoch die Achtung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien sowie grundlegender Menschenrechte durch die weißrussische Regierung. Am 2. Februar stellten die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf einer Geberkonferenz in Warschau insgesamt 87 Millionen Euro über die nächsten zwei Jahre für die Unterstützung der Zivilgesellschaft in Weißrussland in Aussicht. Einzelne EU-Nachbarländer von Weißrussland (Polen, Lettland, Estland) haben die nationale Visumsgebühr für unbescholtene weißrussische Bürger abgeschafft.

Die EU-Außenminister betonten, die EU stehe für eine Fortsetzung des Dialogs mit Weißrussland, Grundvoraussetzung dafür sei jedoch die Achtung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien.

WER STAND HINTER DEN AUSSCHREITUNGEN?

Einige Beobachter werfen Europa Versagen während der letzten beiden Jahre vor, als versucht wurde, über den Dialog mit dem Regime die zaghafte Liberalisierung in Weißrussland in einen nachhaltigen Demokratisierungsprozess zu überführen. Diese Vorwürfe sind unangebracht, denn es wird dabei so getan, als seien die Ereignisse am 19. Dezember vorhersehbar gewesen. Und es wird nicht gesagt, was Europa hätte tun sollen, um die Ausschreitungen zu verhindern. Unstrittig ist hingegen, dass Europa jetzt eine neue Strategie für Weißrussland braucht. Um zu verstehen, was in der Wahlnacht tatsächlich passiert ist, sind folgende Fragen zu stellen: Wie konnte es zu der Eskalation kommen? Wer hat das Szenario dafür geschrieben? Und was sollte mit der Provokation bezweckt werden?

Wenn im Folgenden drei unterschiedliche Theorien für das dargestellt werden, was am 19. Dezember ablief, dann geht es dabei nicht so sehr um Spekulationen über die Hintermänner als vielmehr darum, die Herausforderungen

zu verdeutlichen, mit denen Europa in den nächsten Monaten in Bezug auf Weißrussland konfrontiert sein wird.

These 1: Europa hat es in Lukaschenko mit einem unberechenbaren und unkontrollierbaren Autokraten zu tun, der mental, psychisch und intellektuell grundsätzlich nicht in der Lage ist, demokratische Veränderungen im eigenen Land zu akzeptieren, geschweige denn umzusetzen, und dem es ausschließlich um den eigenen Machterhalt geht. Das Signal zum Zuschlagen am 19. Dezember kam von Lukaschenko. Während des „liberalen Wahlkampfes“ war wiederholt zu beobachten, wie schwer es ihm fiel, die Offenheit der Kampagne zu ertragen und seinen Opponenten Kritik zu erlauben, ohne sie dafür zur Rechenschaft ziehen zu können. Diese drei Monate entsprachen nicht der autoritären Mentalität, die ihm in den letzten 14 Jahren zu eigen geworden war. Lukaschenko zeigte sich an einer Stelle sogar von seiner eigenen Geduld überrascht und sah sein Land bereits derart demokratisch, dass alle Nachbarn „vor so viel Demokratie erschrecken werden“. Nur widerwillig hatte er sich überhaupt auf diese Strategie eingelassen, die zum Ziel hatte, seine vierte Amtszeit international zu legitimieren. Dieser Lukaschenko, der sich drei Monate lang hatte zusammenreißen müssen, um die kontrollierte Liberalität zu ertragen, wurde am Wahltag mit zwei Informationen konfrontiert, die ihn vollkommen aus dem Gleichgewicht warfen: Parallel zur Erstellung des offiziellen, fingierten Ergebnisses, das in der Nacht von der Zentralen Wahlkommission verkündet wurde,

Das reale Ergebnis der Wahlen kennen nur wenige Eingeweihte. Die Vermutungen reichen von 44 bis knapp über 50 Prozent.

waren die Stimmen in den lokalen Wahlkommissionen tatsächlich ausgezählt worden. Das reale Ergebnis der Wahlen kennen nur wenige Eingeweihte. Es war nicht günstig für Lukaschenko – die Vermutungen reichen von 44 Prozent bis knapp über 50 Prozent. Gleichwohl wurde es ihm am Abend mitgeteilt, und das war der erste Schock. Dann sah er den beeindruckenden Demonstrationzug über die Unabhängigkeitsstraße. 20.000 bis 30.000 Menschen, die offen und ohne Angst Neuwahlen ohne seine Beteiligung forderten. Die Erschütterung schlug in blindes Rasen um und in den folgeschweren Befehl, für dessen Ausführung sich umgehend willige Handlanger fanden.

These 2: Europa hat es mit einer mafiaartigen Wirtschaftsclique zu tun, die mit enormer krimineller Energie daran arbeitet, ausländische – und hier vor allem europäische – Einflüsse politischer wie wirtschaftlicher Natur zu begrenzen. Demnach hatten die Ausschreitungen vor allem zum Ziel, die Anerkennung der Wahlen durch den Westen unmöglich zu machen und die labilen Beziehungen zwischen Weißrussland und der EU zu zerstören. Viele Vertreter der gegenwärtigen Nomenklatura in Weißrussland waren und sind nicht an einer Veränderung des Status quo interessiert. Die schrittweise Annäherung zwischen Weißrussland und Europa seit 2008 hatten sie mit Sorge beobachtet. Eine Transformation oder Modernisierung des Landes nach europäischen Standards wäre nicht nur existenzbedrohend für sie selbst, sondern würde ihnen, wenn die Privatisierung weitestgehend transparent verlief, auch wirtschaftlich die Chance nehmen, sich angesichts der europäischen Konkurrenz die Filetstücke der eigenen Wirtschaft zu einem Freundschaftspreis zu sichern.¹² Und Privatisierungen muss es in den nächsten Jahren geben, anders kann Weißrussland die angehäuften Schulden nicht bedienen, die ab 2012 zurückzahlen sein werden. Die Frage ist nur, ob es eine Nomenklatura-Privatisierung wie in Russland oder der Ukraine wird oder ob sich das Land an den Erfahrungen der mittelosteuropäischen Nachbarn in den neunziger Jahren orientiert.

Viele Vertreter der gegenwärtigen Nomenklatura in Weißrussland waren und sind nicht an einer Veränderung des Status quo interessiert. Eine Modernisierung des Landes wäre für sie existenzbedrohend.

Die Ausschreitungen vor dem Regierungssitz waren von langer Hand und über Wochen geplant. Dafür gibt es zahlreiche Indikatoren. Etwa die zufällig gefundenen Lieferwagen mit Molotov-Cocktails in Plastikflaschen, Elektroschockern und Gasflaschen, die angeblich von der Opposition vorbereitet waren und die am Wahltag im staatlichen Fernsehen gezeigt wurden. Auch der Einsatz der Spezialeinheiten in der Wahlnacht trägt alle Züge einer gut

12 | In diesem Zusammenhang fällt auch die Frage, warum der Präsidentschaftskandidat Ales Michalewitsch, der nachweislich nicht an den Protesten in der Wahlnacht teilgenommen und der auch während des Wahlkampfes jeden Angriff gegen Lukaschenko vermieden hatte, immer noch in Haft ist. Offenbar wird sein Programm einer Modernisierung (und Europäisierung) des Landes als gefährlicher eingestuft als etwa der christliche Fundamentalismus von Rymaschewski.

vorbereiteten und mehrfach geübten Aktion. Ganz sicher befinden sich die Autoren des Szenarios in der unmittelbaren Umgebung von Lukaschenko. Sie wussten, wie und wann sie ihm welche Informationen vorzulegen hatten, um ihn zu der impulsiven Reaktion zu provozieren, die dann tatsächlich in der Nacht erfolgte. Svetlana Kalinkina schreibt in ihrer Analyse der Sitzung vom 15. Dezember: „Wer immer Lukaschenko um den Finger wickelte und damit die Pläne einer internationalen Anerkennung seiner vierten Amtszeit als Präsident zunichte machte, die Person saß in dieser Sitzung am 15. Dezember. Warum sie das tat, aus Dummheit, aus ideologischen Gründen, aus Rache oder aus Angst, darüber kann man nur spekulieren.“¹³

Europa sieht sich mit einem Russland konfrontiert, das Weißrussland als kanonisches Gebiet betrachtet und keine Annäherung an Europa wünscht.

These 3: Europa sieht sich mit einem Russland konfrontiert, das Weißrussland als kanonisches Gebiet betrachtet, keine Annäherung des Landes an Europa wünscht und durch den Ausbau wirtschaftlicher Verflechtungen eine schleichende Integration von Weißrussland in den Bestand der Russischen Föderation betreibt. Der ehemalige Wirtschaftsberater des russischen Präsidenten, Andrej Illarionow, legte in einem Interview mit dem Radiosender *Echo Moskwy* seine Version der Ereignisse in Minsk dar. Demnach hätte Russland für den 19. Dezember eine Provokation nach dem Muster „Imitierung einer Orangenen Revolution“ vorbereitet. Eine zweite Provokation sei vom weißrussischen Geheimdienst KGB als „Imitation eines Sturmes auf das Regierungsgebäude“ geplant gewesen. Es sei davon auszugehen, so Illarionow, dass beide Szenarien grundsätzlich miteinander abgestimmt gewesen sind und die Geheimdienste wussten, was die jeweils andere Seite vorhatte.

Die russische Provokation ist nach Einschätzung Illarionows aufgegangen. Ziel sei es gewesen, das weißrussische Regime zu einer Reaktion zu bewegen, in deren Folge die Beziehung zu Europa weitestgehend abgebrochen und das Land wieder weit in den russischen Einflussbereich zurückgeworfen werde, aus dem es sich in den letzten beiden

13 | Zitiert nach Svetlana Kalinkina, „Sobstvennoe okruschenie obwelo Lukaschenko wokrug palca“ (Die eigene Umgebung hat Lukaschenko um den Finger gewickelt), in: <http://udf.by/news/sobytie/37406-sobstvennoe-okruschenie-obvelo-lukashenko-vokrug-palca.html> [31.01.2011].

Jahren mühsam herausgearbeitet hatte. Der weißrussische Geheimdienst sei dann auf den Zug aufgesprungen und habe mit Hilfe der Ausschreitungen seine eigenen Ziele verfolgt, nämlich die Zerschlagung der demokratischen Opposition im Land und die vollständige Säuberung des politischen Raumes. Auch das sei gelungen oder werde gegenwärtig umgesetzt.

Für Illarionow haben die Ausschreitungen in Minsk eine Dimension, die weit über den lokalen oder nationalen Rahmen hinausreicht: „Ich glaube, dass diese schweren, tragischen, dramatischen Ereignisse eine bittere Lehre für die weißrussische Gesellschaft, aber auch für die russische Gesellschaft und für Gesellschaften in anderen autoritären Staaten sind. Und zwar deshalb, weil man gerade dann, wenn die Menschen für ihre eigene Stimme kämpfen, für die Schaffung einer demokratischen Gesellschaft, für die Entwicklung rechtsstaatlicher Verhältnisse im eigenen Land, stets bedenken muss, wer diesen Kräften entgegensteht und von welcher Natur diese autoritären Regime sind. Man muss antizipieren, was für eine Art von Provokation das eigene Regime, aber auch andere Regime außerhalb der eigenen Staatsgrenzen vorbereiten und welche Methoden und Instrumente sie anzuwenden bereit sind, um ihre Ziele zu erreichen.“¹⁴

SOLIDARITÄT MIT DEN DEMOKRATEN IN WEISSRUSSLAND

Seit den Ereignissen am 19. Dezember ist eine Welle von Solidarität mit den Verfolgten im Land zu beobachten. Im Parteibüro der Belarussischen Volksfront wurden vor Weihnachten Hilfspakete und Spenden für die über 600 Inhaftierten gesammelt. „Die Menschen stehen Schlange, um zu helfen“, erklärte ein Koordinator der Aktion. Die Hilfsbereitschaft zeigt, dass die Stimmung im Land gekippt ist: Das Regime Lukaschenko verfügt über keinen Rückhalt mehr in der Bevölkerung. Lukaschenko hat die Menschen durch sein brutales Vorgehen endgültig verloren, und es zeichnet sich ab, dass sein Sieg am 19. Dezember ein Phyrussieg war.

Lukaschenko verfügt über keinen Rückhalt mehr in der Bevölkerung. Er hat die Menschen durch sein brutales Vorgehen endgültig verloren.

14 | Auszüge aus dem Interview unter <http://belaruspartizan.org/bp-forte/?page=100&news=73938> [31.01.2011].

Das kann auch der Ausgangspunkt für Europa sein, gemeinsam mit den Menschen im Land einen tatsächlichen Wechsel in Weißrussland einzuleiten. Drei Dinge sind jetzt wichtig:

1. Das Einreiseverbot für Vertreter des Regimes muss an eine deutliche Einreiseerleichterung für weißrussische Bürger in die EU gekoppelt sein. Das betrifft sowohl die Prozeduren in den Konsulaten als auch die Visumsgebühren.
2. Die EU-Kommission muss die Unterstützung für die Zivilgesellschaft in Weißrussland massiv und nachhaltig ausbauen. Wichtig ist dabei nicht nur eine Aufstockung der Programme, sondern auch eine Flexibilisierung der Verfahren. An den zuständigen EU-Stellen in Brüssel und den Delegationen in Kiew und Minsk müssen kompetente Vertreter sitzen, die eine klare Vorstellung von den Rahmenbedingungen besitzen, unter denen die Zivilgesellschaft in Weißrussland existiert.
3. Die EU muss Russland noch klarer zu verstehen geben, dass sie Weißrussland als einen unabhängigen und souveränen Staat betrachtet und ein entschiedenes Interesse an einer demokratischen Entwicklung des Nachbarn besitzt. Gleichzeitig muss Europa selbst zu verstehen beginnen, dass Weißrussland ein Land mit einer langen europäischen Geschichte und Tradition ist, das in der Vergangenheit zu Unrecht entweder eine Leerstelle war oder wie ein lästiger Appendix der eigenen außenpolitischen Agenda betrachtet wurde.